

*Dr Hanna Labrenz-Weiß\**

## Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität zu Berlin

Alle bisherigen Diskussionen um die „Stasi“, vor allem die in diesem Zusammenhang öffentlich mit Erschrecken registrierte Aufdeckung einer Reihe von Verbindungen von bekannten, auch international geschätzten Persönlichkeiten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS), mehr noch aber die nicht enden wollende Flut von Enthüllungen nach der Einsicht Tausender Betroffener in „ihre“ Stasi-Unterlagen – das vielfach damit verbundene Leid der Opfer, die Erfahrung von Vertrauensbruch, Verrat, persönlicher Beleidigung und Denunziation – alle diese Erfahrungen mussten (und müssen) durchlebt und auch angenommen werden, denn: „Um den Alptraum der Geschichte loszuwerden, muß man zuerst die Geschichte anerkennen. Man muß die Geschichte kennen. Sie könnte sonst auf die altmodische Weise wiedererstehen, (eben) als ein Alptraum ... Man muß sie erst analysieren, dann kann man sie denunzieren, sie loswerden“<sup>1</sup>.

263

Das heißt: Es ist eine Arbeit zu leisten, die nichts und niemanden ausklammern darf, die getan werden muss – im Interesse der Menschen, die Wahrung ihrer Würde und ihres Rechts. Dabei sollte jede Tendenz der Mystifikation der „Krake“ Staatssicherheit möglichst zurückgedrängt werden; über den Schauer des Einzelnen, besonderen Vorgangs darf das Wesen des Ganzen nicht in Vergessenheit oder auch nur in die zweite Reihe gedrängt werden.

---

\* Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung.

<sup>1</sup> H. Müller, *Rotwelsch*, Berlin 1982, S. 85.

Ich will versuchen, in diesem Sinne zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen: als Entmystifikation einer Erfahrung.

Am Beispiel der Berliner Humboldt-Universität (HUB) geht es mir um die Demonstration und Dokumentation der Beziehungen zwischen der Staatssicherheit, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und den offiziellen staatlichen Organisationsformen an einer der führenden Universitäten der DDR.

## Grundlagen und Quellen

Mein Beitrag basiert auf dem Quellenmaterial des MfS-Schriftguts, das sowohl der Ehrenkommission<sup>2</sup> als auch den HUB-Forschungsgruppen<sup>3</sup> noch in der Aufbauphase der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik<sup>4</sup> zur Verfügung gestellt wurde. Auch Aussagen betroffener HUB-Wissenschaftler zur Aufarbeitung der wechselseitigen Verstrickungen an dieser Universität wurden herangezogen<sup>5</sup>.

264

<sup>2</sup> Der Ehrenausschuss der Humboldt-Universität zu Berlin entwickelte nach seiner Konstituierung im November 1990 u. a. folgende Aufgabenfelder: 1. Abbau des Misstrauens zwischen Kollegen; 2. Wertung der Vorwürfe „Zusammenarbeit mit dem MfS“, „dienstliche Vorteile aufgrund politischer Einflußnahme“, „Amtsmissbrauch und Korruption“; 3. Behandeln von Anliegen nur mit Einverständnis der Betroffenen. Vgl. Geschäftsordnung des Ehrenausschusses des akademischen Senats der HUB; Archiv der Verfasserin.

<sup>3</sup> HUB-Forschungsgruppen waren die ersten externen Antragsteller, welche die MfS-Unterlagen, die zur HUB geführt wurden, noch in der im Aufbaustab befindlichen Abteilung Bildung und Forschung der „Gauck-Behörde“ einsehen konnten. Es handelt sich hier um das Material der ehemaligen Bezirksverwaltung (BV) Berlin des MfS, das seit 1992 in der Außenstelle (ASt.) Berlin des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BSStU) in den Kartons der Reihe A (1 bis 200) aufbewahrt wurde. Vgl. zur Tätigkeit dieser Gruppen: Ch. Richter, *Humboldt-Universität war fest im Griff der Stasi: Studenten erforschen in der Gauck-Behörde die MfS-Strukturen*, „Berliner Zeitung“ v. 31.10.1992; Ch. Füller, *Der rigorose Blick zurück*, „Süddeutsche Zeitung“ v. 16.11.1992.

<sup>4</sup> Die Aufbauphase der „Gauck-Behörde“ dauerte bis zum Sommer 1992. Von Oktober 1990 (Entstehung der Behörde) bis zum Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) am 29. Dezember 1991 nannte sich die Behörde: „Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes“, seit Januar 1992 „Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“.

<sup>5</sup> Während der Überprüfungsphase der HUB-Wissenschaftler suchten mehrere von ihnen das persönliche Gespräch mit der Verfasserin. Sie berichteten ihre Erlebnisse an der HUB, die zum Verständnis der strukturellen Beziehungen an dieser Universität beitrugen.

Die IM-Akten, die das MfS über inoffizielle Mitarbeiter unter den Wissenschaftlern der HUB führte, waren sowohl qualitativ als auch quantitativ von sehr unterschiedlicher Aussagekraft. So sagen diese Akten wenig über die Strukturen der Einflussnahme an der HUB aus; sie geben vielmehr Aufschluss über die Kategorie der Mitarbeit, über Decknamen, über Führungsoffiziere, über die zuständigen Dienstseinheiten sowie über die Dauer der Zusammenarbeit mit dem MfS. Soweit massenhaft Informationen gesammelt wurden, betreffen diese meistens fachspezifische Mitteilungen aus den einzelnen Fachbereichen sowie Personeneinschätzungen. Operative Materialien der Abteilung XX/3 der Bezirksverwaltung (BV) Berlin, die durch das Bürgerkomitee sichergestellt wurden<sup>6</sup>, geben zusätzlich Informationen über die Tätigkeit der universitären Leitungsorgane und der Kreisleitung der SED in der HUB. Auch Arbeitspläne und Vorlagen der für die Hochschulen in Berlin zuständigen Abteilungen der Bezirksverwaltung konnten analysiert werden.

## Strukturen und Organisationsformen

265

Die Hauptabteilung (HA) XX/8 war „operativ“ u. a. für das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und seine zentralen Einrichtungen und Objekte zuständig<sup>7</sup>. Die einzelnen Universitäten und

---

<sup>6</sup> Im Gegensatz zu allen anderen BV des MfS wurde die BV Berlin nicht „gestürmt“. In Auswertung der Erfahrungen über die „Erstürmung“ der anderen BV (diese waren ab Mitte Dezember 1989 praktisch nicht mehr arbeitsfähig) beschlossen die Vertreter der Bürgerrechtsbewegung in „Sicherheitspartnerschaft“ mit den für die BV Berlin zuständigen Vertretern der von Modrow eingesetzten Regierungskommission, am 17.12.1989 die BV Berlin zu reorganisieren. Die Grundidee bestand darin, bestimmte Bereiche der BV zu eliminieren (z. B. Abt. XX), andere dagegen weiter arbeitsfähig zu halten (z. B. Abt. XV und II). Parallel zur Absicht, bestimmte Bereiche der BV weiter aufrechtzuerhalten, wurden Räume der Abteilung XX geöffnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es kam zur ersten Einsichtnahme in Operative Vorgänge (OV) und Operative Personenkontrollen (OPK). An der Tagung am 17.12.1989 nahmen u. a. teil: Ibrahim Böhme, Dr. Wolfgang Ullmann, Reinhard Schult, Dr. Kummer, Guntram Erdmann und Wolfgang Wolf. In Verbindung mit Presse, Funk und Fernsehen wurde öffentlich über den zur BV Berlin erreichten „Konsens“ berichtet. Außerdem wurde an der BV Berlin ein Plakat mit folgender Aussage angebracht: „In diesem Gebäude arbeitet (kontrolliert) ein Bürgerkomitee“. Als am 15.01.1990 das MfS besetzt wurde, spielte die BV keine Rolle. Dort war ja bereits ein Bürgerkomitee tätig.

<sup>7</sup> Vgl. *Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch)*, Hrsg. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993, S. 112.

Hochschulen hingegen fielen in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksverwaltungen. Die Anzahl der Diensteinheiten im MfS, die die Wissenschaftler der HUB geführt haben, muss auf über 40 geschätzt werden<sup>8</sup>.

Die direkte wie auch die indirekte Einflussnahme auf die HUB wurde überwiegend durch eine speziell dafür geschaffene Struktureinheit, dem Referat XX/3 (bzw. ab 1989 XX/8), in der BV Berlin geplant und von dieser auch durchgeführt. Ende 1989 waren im Referat XX/8 noch zwölf Mitarbeiter für die HUB zuständig<sup>9</sup>.

Die operative Bearbeitung der Universität durch das MfS stützte sich auf das Potenzial der hauptamtlichen Mitarbeiter, der Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) sowie der inoffiziellen Mitarbeiter. Ihre Aufgabe bestand wesentlich darin, „politische Diversion“ und „Infiltration“ zu verhindern. Unter Infiltration verstand das MfS „das Eindringen von fremdem Gedankengut in das Bewusstsein von Bürgern sozialistischer Staaten, um die subversiven Zielstellungen der politisch-ideologischen Diversion (PiD) zu verwirklichen“<sup>10</sup>. Kritisches Gedankengut wurde grundsätzlich als von außen gesteuerter Revisionismus angesehen.

Nach dem Verständnis des MfS war die politisch-ideologische Diversion ein wesentlicher Bestandteil der von außen gegen die Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten subversiven Angriffe westlicher Geheimdienste und anderer Einrichtungen der NATO-Staaten auf ideologischem Gebiet. Danach wurde mit der PiD angeblich die Zersetzung des sozialistischen Bewusstseins breiter Bevölkerungskreise und, darauf basierend, die Entwicklung einer politischen Untergrundtätigkeit im Innern der DDR verfolgt.

Damit sollte zugleich auch der enge Zusammenhang zwischen PiD und PUT (politische Untergrundtätigkeit) verdeutlicht werden. Auf eine Formel gebracht – sie wurde in der Tat auch so gebraucht – lautete das „Feindverständnis“ des MfS: ohne PiD kein PUT, ohne politisch-ideologische Diversion keine politische Untergrundtätigkeit. Hier scheint ein

<sup>8</sup> Im Rahmen der Überprüfung von Kontaktakten der HUB-Wissenschaftler zum MfS wurde in den Unterlagen des BStU immer die Diensteinheit des MfS (soweit sie bekannt war) angegeben. Mithilfe dieser Unterlagen sind 42 Diensteinheiten festgestellt worden. Deren Zahl ist ohne Zweifel viel größer; die Unterlagen der Hauptverwaltung A wurden vernichtet und sind weder für die Überprüfung der Kontakte noch für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.

<sup>9</sup> Vgl. die Telefonliste der Mitarbeiter der Abteilung XX von 1989. Zusätzlich zum Namen jedes Mitarbeiters wurde auch sein Aufgabenbereich vermerkt; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 2.

<sup>10</sup> Vgl. *Das Wörterbuch der Staatssicherheit*, Hrsg. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993, S. 171.

Widerspruchsverständnis auf, das in seiner mechanischen Konstruktion nahezu unüberbietbar anmutet, in seinem Kern letztlich aber als konstitutiv für das offizielle ideologische Selbstverständnis einer ganzen Gesellschaft zu gelten hat. Ohne PiD kein PUT, das entspricht einem Erklärungsmuster der Welt, das auf ein einfaches Freund-Feind-Schema (nach innen und außen) hinauslief – und gerade in dieser Platttheit seine außerordentliche Gefährlichkeit besaß.

Die Staatssicherheit beeinflusste vielfach Entscheidungen der Leitung der HUB; so arbeitete der jeweilige Rektor der Universität grundsätzlich ohne Konspiration, d. h. offiziell mit dem MfS zusammen; gleiches galt für die gesamte erste Leitungsebene der Universität, d. h. auch für die nachgeordneten Prorektorate und Direktorate<sup>11</sup>.

Zum Beispiel wurde die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen vom Direktorat für internationale Beziehungen (DiB) kontrolliert.

Dieses Direktorat bereitete den Einsatz von Gastlehrkräften an ausländischen Universitäten bzw. von ausländischen Wissenschaftlern an der HUB vor; es sicherte die Ein- und Ausreisen (auch in finanzieller Hinsicht), es erteilte Publikationsgenehmigungen für Veröffentlichungen in ausländischen Zeitschriften, kontrollierte die gesamte Auslandspost und regelte Besuchsangelegenheiten für ausländische Gäste sowie Grundsatfragen des Auslandsstudiums.

267

Die HUB unterhielt mit Dutzenden ausländischen Universitäten vertragliche Beziehungen, deren Intensivierung im Vordergrund der Arbeit des Direktorats stand. Die HUB war im Hinblick auf die Hochschulbeziehungen zu vielen Ländern eine Leiteinrichtung des Ministeriums für Hoch- und Fachhochschulwesen<sup>12</sup>.

Das besondere Interesse bei der Vorbereitung der Auslandseinsätze von Wissenschaftlern der HUB galt seitens der Hauptverwaltung A (Aufklärung – HV A) der westlichen Technologie, Wissenschaft und Politik, in Gestalt vor allem folgender Personengruppen und Institutionen:

- ständig oder zeitweise in Westeuropa lebende USA-Bürger,
- Biotechnologen, Mikrobiologen, Physiker, Chemiker, Informatiker, Mathematiker und Journalisten,

<sup>11</sup> Aus dem Aufgabenplan der MfS-Mitarbeiter der Abt. XX/3 der BV Berlin geht hervor, dass mindestens der stellvertretende Referatsleiter Major Uwe Simonis der offizielle Repräsentant der Staatssicherheit in der HUB war. Er führte offizielle Gespräche mit dem Rektor, den Prorektoren und den Vertretern von anderen wichtigen Einrichtungen an der HUB wie Direktoraten, SED-KL usw. Vgl. BStU, MfS, ASt. Berlin, Simonis, Uwe, KS II 852/91.

<sup>12</sup> Vgl. Schreiben des Direktorats für Internationale Beziehungen der HUB, Vorlage für das Sekretariat der SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität Berlin: Die politisch-ideologische Situation im Direktorat für Internationale Beziehungen. Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Direktorats, 1.11.1983; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton Nr. A 107–109, Nr. 01.

- Sekretärinnen, selbstständige Steuer-, Wirtschafts- und Unternehmensberater,
- Studenten, insbesondere der Elektronik, Elektrotechnik, Nachrichtentechnik und Feinwerktechnik,
- Armeeingehörige und Zivilangestellte der Armeen,
- Angehörige berufsorientierter Friedensbewegungen,
- Dolmetscher sowie,
- Beschäftigte öffentlicher Verwaltungseinrichtungen in Westdeutschland<sup>13</sup>.

Zu den „operativ interessanten Objekten“ zählten unter anderem:

- die Forschungsgemeinschaft für angewandte Naturwissenschaften e.V.,
- die Elektronik-System-Gesellschaft München,
- die Flugelektronik GmbH München,
- die Fraunhofergesellschaft für Festkörperphysik Stuttgart,
- das Max-Planck-Institut für Festkörperphysik Stuttgart,
- die AEG Telefunken Heidelberg, Backnang, Heilbronn, Wedel und Ulm,
- die Siemens AG München, Erlangen, Bad Hersfeld, Braunschweig und Berlin (West),
- die SEL AG Stuttgart, Pforzheim Mannheim und Berlin (West),
- die Philips AG Kiel und Hamburg,
- die IBM Deutschland Böblingen und Sindelfingen sowie
- die Carl Zeiss AG Oberkochen<sup>14</sup>.

Grundsätzlich mussten alle Auslandsreisen durch das MfS genehmigt werden, und es ist nachweisbar, dass das MfS auch Zugang zu allen offiziellen Reiseberichten hatte. Gemäß „Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vom 13.1.1982 über die Auswahl, Bestätigung und Vorbereitung von Reise- und Auslandskadern und die Durchführung ihrer dienstlichen Reisen“<sup>15</sup> waren die antragsberechtigten Leiter (u. a. Minister, Kombinatdirektoren, Rektoren von Universitäten und Hochschulen, Vorsitzende von Bundesvorständen, Leiter von staatlichen Organen) verpflichtet, die ihrerseits vorgesehenen Reise- und Auslandskader (bei einem Aufenthalt von mehr als sechs Monaten) beim MfS auf besondere „sicherheitspolitische Eignung“<sup>16</sup> hin überprüfen zu lassen. MfS-intern war dies nach der 1. Durchführungsbestimmung zur „DA Nr. 4/85 über die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der

<sup>13</sup> Städteübersicht BRD – Schwerpunkte für die Aufklärung; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton 107–109, Nr. 03.

<sup>14</sup> A.a.O.

<sup>15</sup> Vgl. VVS B2-1034/81 (Signatur des MfS); BStU, MfS.

<sup>16</sup> A.a.O.

DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ geregelt<sup>17</sup>. Reiseberichte, die nach Einschätzung der BV „operative“ Hinweise beinhalten, wurden an die HV A weitergeleitet. Die HV A wiederum schickte nicht selten eine Kopie an das „befreundete Organ“, also den sowjetischen Geheimdienst KGB<sup>18</sup>. Dazu war die HV A nicht grundsätzlich verpflichtet. Das MfS differenzierte sehr wohl, worüber der KGB informiert werden konnte und worüber nicht.

Noch enger als die Kontakte der staatlichen Leitung der HUB zum MfS waren Verflechtung und Kooperation der Parteiorganisation (SED-Kreisleitung der HUB) mit den Dienststeinheiten des MfS<sup>19</sup>. Da die Zusammenarbeit zwischen SED-Kreisleitung (SED-KL) und dem MfS nur offiziell stattfinden durfte, hatte diese (mit wenigen Ausnahmen) keine inoffiziellen Mitarbeiter in ihren Reihen<sup>20</sup>. Sofern ein hauptamtlicher Parteifunktionär (vorher) ein inoffizieller Mitarbeiter war, musste dieser als Vorgang archiviert, d. h. abgeschlossen werden. Hauptamtliche Parteifunktionäre nicht als inoffizielle Mitarbeiter zu werben, ergab sich aus dem Verständnis, das MfS sei „*Schild und Schwert*“ der Partei, also ein Organ, welches die Macht der SED zu sichern und zu stützen hatte<sup>21</sup>.

Die Partei unterstützte das MfS hauptsächlich bei der Freistellung und Abdeckung von inoffiziellen Mitarbeitern; die Umsetzung erfolgte – wie aus den MfS-Unterlagen ersichtlich – über den Parteisekretär oder

<sup>17</sup> Vgl. VVS MfS 0008-59/85 (Signatur des MfS); BStU, MfS.

<sup>18</sup> Die Übergabe einer Kopie an das Komitee für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (KGB) ist aus dem Verteiler von zahlreichen MfS-Dokumenten ersichtlich.

<sup>19</sup> Ein Beispiel dafür ist der Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung, der dem MfS immer hauptamtlich angehörte und bedeutend größere Kompetenzen als der „normale“ Sicherheitsbeauftragte der HUB hatte.

<sup>20</sup> Vgl. dazu ein Schreiben der HV A, Abt. IX/AG vom 16.07.1982: „Auszug aus dem Abschlußbericht“ zu einem leitenden HUB-Wissenschaftler: „Mit der Übernahme einer hauptamtlichen Parteifunktion in der Kreisleitung der HUB im Jahre 1976 wurde eine weitere Zusammenarbeit gegenstandslos. Nach einem Abschlußgespräch wurde die Zusammenarbeit beendet und die Unterlagen im Archiv abgelegt“ BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 04.

<sup>21</sup> Hier werden die Grundfragen des Verhältnisses SED–MfS berührt, die bisher nicht genug erforscht wurden. Ein Beispiel dafür ist die Vorbereitung zur Konstituierung des ABI-Komitees („gründliche Kaderauswahl“), die im Zusammenwirken zwischen dem MfS und der SED erfolgte. Die SED schlug die Kandidaten vor und das MfS überprüfte deren politische Zuverlässigkeit. In einem Schreiben der Abt. XX der Bezirksverwaltung vom 30.06.1975 heißt es: „Infolge des hohen Anteils an positiv erfassten Personen (60 Prozent) machen sich keine Neuwerbungen erforderlich“. D. h. 60 Prozent der Kandidaten für die Arbeiter- und Bauern-Inspektion waren IM des MfS. Vgl. Dienstanweisung Nr. 1/75 des Leiters der Verwaltung Groß-Berlin vom 18.03.1975; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 05.

einen Stellvertreter. Anforderungen betrafen alle Fachbereiche und Personengruppen<sup>22</sup>.

Es sind Fälle bekannt, in denen sich die HV A und die Bezirksverwaltung des MfS gegenseitig blockierten. So wurden inoffizielle Mitarbeiter, die von der HV A zeitweise im „Operationsgebiet“<sup>23</sup> eingesetzt wurden und dort aufgefallen waren, durch eine Reisesperre indirekt geschützt; dies war jedoch nicht immer im Sinne der Bezirksverwaltung<sup>24</sup>. Eine solche Sperrung wurde seitens der HV A beispielsweise nach der Flucht von HVA-Oberleutnant Werner Stiller vorgenommen<sup>25</sup>.

Üblicherweise wurde die SED-Kreisleitung durch die Bezirksverwaltung des MfS bei vielen Aktivitäten unterstützt, so z. B. bei der Belieferung mit Propagandamaterial von der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), bei der Bereitstellung eines Sicherheitsbeauftragten<sup>26</sup> und bei der Absicherung von Forschungsvorhaben<sup>27</sup>.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. Schreiben der HV A (Abt. I/1) an die BV Berlin (Abt. XX) vom 8.02.1983, Freistellung eines IM unserer Diensteinheit (über den 1. Kreissekretär der HUB); BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 09.

<sup>23</sup> Operationsgebiet: „Imperialistische und andere nichtsozialistische Staaten oder Territorien, gegen die bzw. von denen aus politisch-operative Maßnahmen durch das MfS zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft durchgeführt werden“ Vgl. *Das Wörterbuch...*, S. 277.

<sup>24</sup> Vgl. Schreiben der BV Berlin, Abt. XX, an den Leiter der HV A II vom 27.10.1987, zu einer Ausreisesperre eines für die HV A aktiv erfassten Professors der HUB. Die BV Berlin war bemüht, die Reisesperre, die mit der Flucht von Werner Stiller verbunden war, von der HV A aufheben zu lassen, um dem Wissenschaftler die Teilnahme an Konferenzen zu ermöglichen. Die Aussprachen fanden bei der SED-Kreisleitung statt. BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 09.

<sup>25</sup> Werner Stiller hat vor seiner Flucht mehrere „F-10“ – Überprüfungen durchgeführt, aus denen zu ersehen war, welche Wissenschaftler für das MfS tätig waren. „F-10“ bedeutet ein MfS-Überprüfungsformular, aus dem die Erfassungsform für das MfS ersichtlich war. Vgl. Beurteilung eines IMS der Abt. XX/3 (IMB Kandidat für 1988), vom 30.10.1987 von Major Schneider; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 07. Zu der Flucht von Stiller vgl. W. Stiller, *Im Zentrum der Spionage*, Mainz 1986.

<sup>26</sup> Der Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung war ein künftiger operativer Mitarbeiter der Abteilung XX/3 der BV Berlin. In dieser Funktion gab es auch zurückgekehrte Agenten der HV A. Der Kandidat für diese Funktion sollte aus der Sektion Kriminalistik ausgewählt werden und nach dem Studium für drei bis fünf Jahre als Sicherheitsbeauftragter eingesetzt werden. Nach dieser Bewährungszeit, in der er sich umfassende Kenntnisse und Autorität aneignen sollte, war er als operativer Mitarbeiter der Abt. XX/3 der BV Berlin vorgesehen. Seine „tschekistische“ Aufgabe wurde in der Sicherung der HUB gesehen. Vgl. Schreiben der BV Berlin, Abt. XX/3, Bestätigung über eine GVS-Verpflichtung vom 2.12.1980; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 06, und Vermerk der BV Berlin vom 30.05.1980; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 09.

<sup>27</sup> „Alle Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der Forschungsentwicklung und Produktionsvorhaben für moderne strategisch bedeutsame Waffensysteme laufen unter der Bezeichnung Präzision“. Vgl. Befehl 11/84, GVS o000-11/84, S. 2 (MfS-Signatur); BStU, MfS.

Eine Sonderstellung hatte der Sicherheitsbeauftragte, der über alle Vorkommnisse außergewöhnlicher Art in Kenntnis gesetzt wurde, umgekehrt aber auch die SED-Kreisleitung, das MfS und den Rektor über seine Erkenntnisse informierte. Zu den erwähnten außergewöhnlichen Vorkommnissen zählten u. a. die Flucht von Professoren, Grenzverletzungen, Kontaktaufnahmen von westlichen Bürgern mit DDR-Wissenschaftlern und Diebstahl sowie im Bereich der Charité<sup>28</sup> Informationen über gefährliche Körperverletzungen, Ausfall von technischen Anlagen etc.

Die Erarbeitung von Informationen über „Störfaktoren“ bei der Durchsetzung der Linie der SED – und das nicht nur im Hochschulbereich – war eine der wichtigsten Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes. Als Hauptmittel diente dabei der IM-Einsatz. Diese als Bekämpfung „politisch-ideologischer Diversion“ und „politische Untergrundtätigkeit“ qualifizierten Tätigkeiten müssen im Einzelnen noch erforscht werden. Erschreckend ist, dass – wie aus Arbeitsplänen operativer Mitarbeiter ersichtlich<sup>29</sup> – noch bis Ende 1989 in 32 Fällen „Operative Personenkontrollen“ (OPK)<sup>30</sup> und in zehn Fällen „Operative Vorgänge“ (OV)<sup>31</sup> weitergeführt wurden.

Den Kontakten und Verbindungen zu Ausländern – hauptsächlich aus dem nichtsozialistischen Ausland – die sich zeitweilig in der DDR aufhielten, wurde eine besondere Bedeutung beigemessen, wenn abzusehen war, dass diese aufgrund ihrer Qualifikation, ihrer sozialen Herkunft und

<sup>28</sup> Charité: Medizinische Fakultät an der HUB.

<sup>29</sup> Vgl. Arbeitsplan der Abteilung XX der BV Berlin für das Jahr 1989; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 80.

<sup>30</sup> Operative Personenkontrolle (OPK): „Operativer Prozeß zur Klärung operativ bedeutsamer Anhaltspunkte. Politisch-operative Zielstellungen der OPK sind: – die Erarbeitung des Verdachts der Begehung von Verbrechen gemäß erstem oder zweitem Kapitel des StGB [...], – Erkennen von Personen mit feindlich-negativer Einstellung [...] – vorbeugende Sicherung von Personen, die in sicherheitspolitisch besonders bedeutsamen Positionen oder Bereichen tätig sind oder tätig werden sollen [...] Entsprechend dieser Zielstellung ist die OPK ein wesentlicher Bestandteil der Klärung der Frage ‘Wer ist wer?’. In der OPK sind alle notwendigen vorbeugenden, schadensverhütenden Maßnahmen [...] zu realisieren. Die Ergebnisse der OPK sind ständig zu analysieren [...], um rechtzeitig die Kontrollziele zu präzisieren und die erforderlichen [...] Maßnahmen einleiten oder die OPK abschließen zu können“. Vgl. *Das Wörterbuch...*, S. 286.

<sup>31</sup> Operativer Vorgang (OV): „Bezeichnungen für 1. den einzelnen Prozeß der Vorgangsbearbeitung, in dem der Verdacht strafbarer Handlungen [...] einer oder mehrerer bekannter oder unbekannter Person(en) geklärt wird. Das Anlegen, die Bearbeitung und der Abschluß des OV erfolgt nach den Grundsätzen der Vorgangsbearbeitung und entsprechend den für jeden OV festzulegenden Zielen der Bearbeitung. OV können sein Zentrale Operative Vorgänge (ZOV), Teilvorgänge (TV) und einzelne Vorgänge (OV). Der OV sowie die in ihm genannten Verdächtigen, Feindorganisationen, feindlichen Kräfte sowie andere operativ relevante Personen sind entsprechend den dienstlichen Bestimmungen und Weisungen in der Abt. XII in dafür festgelegter Weise registriert“. Vgl. A.a.O., S. 287.

entsprechender Verbindungen nach Rückkehr in ihr Heimatland dort einflussreiche Positionen einnehmen würden. Sofern diese Personen inoffizielle Mitarbeiter der „Abwehr“ waren (dazu zählten alle Linien des MfS außer der HV A), informierten die betreffenden Dienstseinheiten die HV A oder die ihr nachgeordneten Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen<sup>32</sup> darüber, wenn diese Personen die DDR verließen. Die HV A entschied in eigener Verantwortung, ob eine Zusammenarbeit im Ausland in Frage kam.

Im Jahre 1992 wurden etwa 780 Hochschullehrer auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS überprüft<sup>33</sup>. Bei 155 von ihnen wurde eine inoffizielle Tätigkeit für das MfS festgestellt; lediglich 67 von ihnen waren jedoch Ende 1989 nachweislich noch aktiv. In drei Fachbereichen wurden, nach heutigem Erkenntnisstand, zehn und mehr inoffizielle Mitarbeiter unter dem Lehrkörper identifiziert, und zwar in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften (von insgesamt 61 Professoren), Physik (von 40) und Asienwissenschaften (von 33).

Weniger als zehn inoffizielle Mitarbeiter waren jeweils in Fachbereichen wie Lebensmitteltechnologie, Chemie und Landwirtschaft/Gartenbau platziert worden. Eine Anzahl von vier bis sechs IM gab es in den Sektionen Veterinärmedizin, Sozialwissenschaften, Philologie, Geschichte und Bibliothekswissenschaften.

272 Die beschriebenen Proportionen deuten darauf hin, dass in den geisteswissenschaftlichen Bereichen die Möglichkeiten einer direkten Beeinflussung und Kontrolle durch die SED groß waren<sup>34</sup>. Die Zusammenarbeit fand hier in größerem Umfang offiziell statt. Technische und naturwissenschaftliche Bereiche waren bekanntlich nicht so stark politisiert, sodass man auf eine breitere inoffizielle Basis nicht verzichten konnte. In diesen Fachbereichen ging es nicht nur um die Bekämpfung der „politischen Untergrundtätigkeit“, sondern darüber hinaus auch um wichtige Forschungsvorhaben, die mit der HUB verbunden waren und als Staatsgeheimnisse behandelt wurden.

Der Fachbereich Rechtswissenschaften wurde vom MfS mit besonderer Aufmerksamkeit überwacht<sup>35</sup>. Ausgehend davon, dass Absolventen dieses Fachbereiches mehrfach in den MfS- und Polizeidienst übernommen

<sup>32</sup> Die Abt. XV der BV Berlin hatte – auf Bezirksebene – die gleichen Aufgaben wie die HV A. Vgl. D. Gill, U. Schröter, *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums*, Berlin 1991, S. 55.

<sup>33</sup> Diese Zahlen stimmen sowohl mit den Überprüfungsergebnissen des BStU als auch mit denen des Ehreenaussschusses der HUB überein.

<sup>34</sup> Die Interviews der Verfasserin mit einigen Wissenschaftlern aus diesen Bereichen bestätigen diese Erkenntnis.

<sup>35</sup> Dem Vorsitzenden des Ehreenaussschusses der HUB, Dr. Bert Flemming, liegen entsprechende mündliche Erklärungen der ehemaligen „OibE“ aus dem Fachbereich Rechtswissenschaften vor.

wurden, kam ihrer „Aufklärung“ vor Studienaufnahme sowie während des Studiums besondere Bedeutung zu. Während die Sektion Rechtswissenschaften eine Vielzahl von Personen ausbildete, die später als Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Justitiare usw. arbeiteten, wurden die Studenten an der Sektion Kriminalistik fast ausschließlich vom MfS, dem Ministerium des Innern (MdI) und von der Zollverwaltung zu diesem Studium delegiert. Damit sicherten sich die künftigen Arbeitgeber von vornherein die Entscheidung darüber, welche Personen sie beschäftigen wollten<sup>36</sup>.

## Status und Motivation der inoffiziellen Mitarbeiter

Die Kategorie „GMS“ (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) umfasste ca. acht Prozent der bisher an der HUB ermittelten inoffiziellen Mitarbeiter<sup>37</sup>. Die GMS zeichneten sich im Allgemeinen durch eine besonders staatstreue Einstellung und Haltung aus. Sie wurden als eine wertvolle und nützliche Ergänzung der operativen Basis gesehen, als ein Reservoir für die Gewinnung von IM sowie für die Schaffung und Entwicklung von Kadern für das MfS.

Den Status „IMS“ (Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches) hatten über 53 Prozent<sup>38</sup> der vom BStU beauskunfteten inoffiziellen Mitarbeiter an der HUB. Die IMS sollten Auffassungen, die von der durch die Partei- und Staatsführung vorgegebenen Linie abwichen, aufklären und verhindern helfen. Die IMS sind als wesentlicher Faktor bei der umfassenden Überwachung der Universität zu sehen.

In die Kategorie „IMB“ (IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen) fielen neun Prozent der beauskunfteten HUB-Mitarbeiter<sup>39</sup>. Die meisten von ihnen waren vorher längere Zeit als IMS tätig und gehörten

<sup>36</sup> Vgl. dazu u. a. R. Eckert, *Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit*, „Deutschland Archiv“ 1993, Heft 7, S. 776, und ein Vermerk der Abt. XX/3 der BV Berlin vom 18.02.1985 über ein Gespräch zwischen dem Referatsleiter Major Mentschke und dem Sektionsdirektor der Kriminalistik der HUB, Prof. Dr. Stelzer; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 10.

<sup>37</sup> Diese Zahl betrifft nur diejenigen Wissenschaftler, die vor 1990 Kontakte zum MfS hatten, entspricht jedoch nicht dem tatsächlichen Stand, da die Unterlagen der HV A fast vollständig vernichtet wurden.

<sup>38</sup> Diese Zahl betrifft nur diejenigen Wissenschaftler, die vor 1990 konspirative Kontakte zum MfS hatten. Ebenso wie bei den GMS ist die Zahl tatsächlich viel höher gewesen, da die IMS der HV A nicht berücksichtigt werden konnten.

<sup>39</sup> Vgl. A.a.O.

zu den besonders sorgfältig ausgewählten inoffiziellen Mitarbeitern. Sie waren mit sogenannten Dissidenten befreundet oder hatten Beziehungen ins „Operationsgebiet“.

Knapp zwölf Prozent der als inoffizielle Mitarbeiter ermittelten Wissenschaftler waren IMK, das heißt „IM zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens“. Sie stellten dem MfS entweder ihre Wohnung, ihre Adresse oder ihre Telefonnummer zur Verfügung. Dieser Personenkreis war ständig oder zeitweilig bei der Realisierung politisch operativer Aufgaben zur Sicherung der Konspiration einbezogen und hatte meistens eine schriftliche Verpflichtungserklärung<sup>40</sup> abgegeben.

Einen relativ kleinen Anteil stellten die „HIM“ (Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter), die „IME“ (IM für den besonderen Einsatz) sowie die „IMV“ (IM mit besonderem Vertrauensverhältnis) dar. Die IMV waren die „Vorläufer“ der IMB. Ab 1979 wurden alle IMV als IMB geführt.

Von den als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes identifizierten Wissenschaftlern waren die meisten ordentliche Professoren (44 Prozent), Dozenten (37 Prozent) sowie Oberassistenten und Wissenschaftliche Sekretäre (sieben Prozent)<sup>41</sup>.

Die Zusammenarbeit dieser Wissenschaftler mit dem MfS erstreckte sich im Allgemeinen über einen Zeitraum von einem bis fünf Jahren, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Auflösung des MfS diese Zusammenarbeit bei den 1989 noch aktiven IM vorzeitig beendete hat; es gab jedoch auch Fälle einer bis zu 30-jährigen IM-Tätigkeit<sup>42</sup>. Es sind nur wenige echte „Aussteiger“ zu erkennen, die ihre Zusammenarbeit mit dem MfS aus eigener Initiative aufgekündigt haben. Die zur Archivierung führende Beendigung der Zusammenarbeit ging nahezu immer von der Staatssicherheit selbst aus. Mögliche Gründe für eine Beendigung der Zusammenarbeit seitens der Staatssicherheit waren etwa die beabsichtigte oder

<sup>40</sup> Inoffizieller Mitarbeiter; Verpflichtung: „In der Regel die schriftliche, in Ausnahmefällen auch mündliche Willenserklärung eines neugeworbenen IM, in der er verbindlich seine Entscheidung bekundet, inoffiziell mit dem MfS zusammenzuarbeiten, und in der zugleich in konzentrierter Form die prinzipiellen Forderungen an sein künftiges inoffizielles Handeln und die damit verbundenen Pflichten zum Ausdruck gebracht werden. Bestandteil der V. sind außerdem: die Belehrung der IM über Geheimhaltungserfordernisse und -pflichten, Vereinbarungen über die Aufrechterhaltung der Verbindung, die Festlegung des Decknamens“. Vgl. *Das Wörterbuch...*, S. 190 f.

<sup>41</sup> Als inoffizielle Mitarbeiter identifiziert galten Personen, die nachweislich eine schriftliche Verpflichtungserklärung unterschrieben, wissentlich eine konspirative Wohnung (Objekt) aufgesucht und/oder Berichte für das MfS (mündlich oder schriftlich) geliefert haben.

<sup>42</sup> Es sind sieben Fälle bekannt, bei denen es sich um eine mindestens 30-jährige Tätigkeit für das MfS handelt.

unbeabsichtigte Dekonspiration des IM (nur in wenigen Fällen aufgetreten) oder die „Perspektivlosigkeit“ der weiteren Aufgabenstellung.

Von den IM unter den Wissenschaftlern wurden mehr als zwei Drittel in den siebziger und achtziger Jahren angeworben<sup>43</sup>. Die Intensität der Werbungen in den siebziger Jahren war eng verknüpft mit der internationalen Anerkennung der DDR und dem daraus resultierenden Austausch von Diplomaten und Wissenschaftlern.

Versucht man die Gründe für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS anhand der IM-Akten nachzuvollziehen, so stößt man in der überwiegenden Zahl der Fälle auf das Motiv der „politischen Überzeugung“<sup>44</sup>. Ausgehend davon, dass ca. 85 Prozent der Hochschullehrer an der HUB der SED angehörten, war es nur natürlich, dass die für das MfS „operativ“ interessanten Werbungskandidaten aus diesem Personenkreis kamen. Darin liegt auch der Grund, dass die meisten dieser IM keine finanziellen Zuwendungen vom MfS erhielten, von kleinen Aufmerksamkeiten abgesehen. Lediglich in wenigen Fällen waren offensichtlich auch materielle Gründe mit ausschlaggebend für die Zusammenarbeit. „Spitzenverdiener“ waren ein Regionalwissenschaftler mit Gesamtzuschüssen in Höhe von 100.000 M, ein Wirtschaftswissenschaftler mit ca. 50.000 M, ein weiterer Regionalwissenschaftler mit ca. 10.000 M sowie ein Naturwissenschaftler mit einer Zuschuss von ca. 9.000 M.<sup>45</sup> In zehn bekannten Fällen wurde die Zusammenarbeit mit Ordensverleihungen honoriert<sup>46</sup>.

<sup>43</sup> Das Jahr der Anwerbung eines Wissenschaftlers als IM des MfS ist für die HUB aufgrund der Auskunft des BStU ersichtlich.

<sup>44</sup> Inoffizielle Mitarbeiter. Überzeugungsmotive: „Werbungsgrundlagen, die als weltanschauliche, moralische und politische Überzeugungen ermöglichen, die persönliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS zu entwickeln. Sind bereits beim IM-Kandidaten derartige Überzeugungen vorhanden, wirken sie als Handlungsantrieb für die Zusammenarbeit und deren Realisierung. Durch die Zusammenarbeit können beim IM Überzeugungen wie z. B. zur Konspiration, über die Gefährlichkeit des Feindes u. a. herausgebildet und entwickelt werden, die immer wieder als Handlungsantrieb für die Lösung operativer Aufgaben wirken“. Vgl. *Das Wörterbuch...*, S. 190.

<sup>45</sup> Diese Beträge wurden vom MfS meistens für die Finanzierung „Operativer Aufgaben“ den IM zur Verfügung gestellt. In Bezug auf konspirative Wohnungen übernahm das MfS in der Regel die Miete und die Innenausstattung. Vgl. Anweisung des Leiters der Abt. XX der BV Berlin (Oberst Häbler) vom 22.02.1983 über „Planung, Verwendung, Nachweissführung, Abrechnung und Kontrolle finanzieller Mittel für die Einrichtung von konspirativen Wohnungen und Basen“; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton Nr. A 107–109, Nr. 11.

<sup>46</sup> Um die Konspiration zu wahren, wurden Auszeichnungen des MfS dem IM nur mündlich mitgeteilt. Die Auszeichnungsurkunde blieb normalerweise in der IM-Akte. Ausnahmen stellten IM dar, die zusammen mit ihrem Partner für das MfS gearbeitet haben.

## Schlussfolgerungen

Die Staatssicherheit maß der Humboldt-Universität als der größten Universität in der DDR eine herausragende Bedeutung zu und strebte deshalb eine möglichst flächendeckende Präsenz, Kontrolle und Einflussnahme an<sup>47</sup>.

Dies wird auch durch die Tatsache gestützt, dass das für die HUB zuständige Referat XX/3 (bzw. ab 1989 XX/8) der BV Berlin – bezogen auf die Personalstärke – das größte in der ganzen Abteilung XX war<sup>48</sup>.

Die Einflussnahme des MfS erfolgte auf offiziellen wie auch auf inoffiziellen Wegen. Der Rektor, der Erste Prorektor, die SED-KL und der Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung waren offizielle Ansprechpartner des MfS. Über die Universitätsleitung und die KL der SED konnte das MfS die Einstellung von MfS-Angehörigen und inoffiziellen Mitarbeitern, die Freistellung von IM<sup>49</sup>, die Herauslösung von Perspektivkadern des MfS, die Unterstützung der HV A und letztlich auch die Zulassung oder Exmatrikulation von Studenten steuern und beeinflussen.

Einen breiteren Rahmen nahm jedoch die inoffizielle Mitarbeit dadurch ein, dass es dem MfS gelungen war, in den Schlüsselpositionen der HUB mindestens je einen inoffiziellen Mitarbeiter zu platzieren<sup>50</sup>. So war es schließlich möglich, wichtige zentrale Bereiche zu beeinflussen, wie das Direktorat für Kader und Qualifizierung, das Direktorat Weiterbildung, das Direktorat Internationale Beziehungen oder die Arbeiter- und Bauern-Inspektion<sup>51</sup>. Die Intensität und Wirksamkeit der inoffiziellen Zusammenarbeit konnte nur durch Einhaltung der Konspiration gewährleistet werden; schon die Gefahr der Dekonspiration reichte aus, um seitens des MfS diese Zusammenarbeit umgehend zu beenden.

<sup>47</sup> Vgl. u. a. Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 des Ministers für Staatssicherheit vom 10. Januar 1968 VVS MfS 008-63/68 (MfS-Signatur); BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton A 107–109, Nr. 11; Arbeitspläne der Abteilung XX der BV von 1980 bis 1989; BStU, MfS, ASt. Berlin, Karton 80.

<sup>48</sup> Vgl. R. Stein, *Die Charité 1945–1992*, Berlin 1992, S. 220. Stein bezieht sich bei den Fakten weitgehend auf Informationen der Verfasserin.

<sup>49</sup> Die Freistellung von IM bedeutete im Klartext, dass man unter einer Legende Wissenschaftler von ihren dienstlichen Aufgaben befreite, damit sie „operative“ Aufgaben des MfS erfüllen konnten.

<sup>50</sup> Die Analyse der IM-Akten, die über die HUB-Wissenschaftler vom MfS geführt wurden, belegt diese Erkenntnis.

<sup>51</sup> „Die ABI wird verstanden als eine Form der Volkskontrolle, deren Ziel die Erfüllung der Aufgaben der sozialistischen Gesellschaft, die Festigung der Staatsmacht, die Förderung der Aktivität der Massen und die Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins ist“. In: *DDR Handbuch. Bd. I.*, Köln 1985, S. 53.

Durch das festgefügte IM-Netz unter den Hochschullehrern wurden die beiden Wege der Einflussnahme auf die staatliche und politische Leitung der HUB unterstützt. Ein besonders starker Ausbau des IM-Netzes erfolgte in Bereichen, die in wichtige Forschungsvorhaben involviert waren oder die für die internationale Anerkennung der DDR eine wichtige Rolle spielen sollten.

Sowohl für das MfS als auch für die Universitätsleitung waren die Beschlüsse der SED-Führung eine verbindliche Arbeitsgrundlage. Die daraus resultierenden übereinstimmenden politisch-ideologischen Positionen ließen das Zusammenwirken beider Partner in der Regel komplikationslos verlaufen. Der Rektor, der Erste Prorektor, die Direktoren der wichtigen zentralen Einrichtungen sowie die meisten Dekane waren Mitglieder der SED.

Dass die Unterstützung durch das MfS sowohl der Universitätsleitung als auch vielen Hochschullehrern willkommen war, ist aus den Akten ersichtlich<sup>52</sup>. Ohne diese aus politischer Überzeugung erfolgte Unterstützung durch die Universitätsleitung und nahezu aller inoffiziellen Mitarbeiter<sup>53</sup> hätte die Staatssicherheit diese Position an der HUB nicht einnehmen können. Beispiele von Hochschullehrern der HUB, die eine IM-Tätigkeit ablehnten, zeigen, dass diese nachweislich nicht benachteiligt, kriminalisiert oder verfolgt wurden. Im Übrigen war das MfS – entgegen einer weit verbreiteten Ansicht – durchaus nicht für alle beruflichen Schwierigkeiten, Hemmnisse oder Misserfolge in der Karriere an der HUB verantwortlich. Hier muss die Rolle der SED-KL an der HUB erforscht werden.

Es lässt sich konstatieren, dass die Humboldt-Universität in intensiver und extensiver Weise von der Staatssicherheit überwacht wurde und sich eine Reihe Wissenschaftler als inoffizielle Mitarbeiter in diese Arbeit einbeziehen ließ. Der nach 1989 zunächst aus eigener Kraft (im Wesentlichen mit denselben Wissenschaftlern) erfolgte Erneuerungsversuch der Humboldt-Universität musste solange unglaubwürdig und oberflächlich bleiben, wie die Notwendigkeit personeller Erneuerungen, die durch das Ergebnis der beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik beantragten Überprüfungen offenkundig wurde, nicht auch in Taten umgesetzt wurde.

<sup>52</sup> Vgl. u. a. J. Fuchs, *Der Abschied von der Diktatur*, [in:] H.-J. Schädlich (Hrsg.), *Aktenkundig*, Berlin 1992, S. 30 ff.

<sup>53</sup> Es gab auch Fälle, in denen die als IM angeworbenen Wissenschaftler keine Unterstützung für das MfS darstellten, da sie die Zusammenarbeit mit dem MfS entgegen ihrer inneren Überzeugung eingegangen sind. Das MfS beendete grundsätzlich eine derartige Zusammenarbeit mit der Begründung „Nichteignung“ oder „Perspektivlosigkeit“.

## Literatur

*Das Wörterbuch der Staatssicherheit*, Hrsg. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993.

*DDR Handbuch. Bd. I.*, Köln 1985.

*Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch)*, Hrsg. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993.

Eckert R., *Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit*, „Deutschland Archiv“ 1993, Heft 7.

Fuchs J., *Der Abschied von der Diktatur*, [in:] H.-J. Schädlich (Hrsg.), *Aktenkundig*, Berlin 1992.

Füller Ch., *Der rigorose Blick zurück*, „Süddeutsche Zeitung“ v. 16.11.1992.

Gill D., Schröter U., *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke Imperiums*, Berlin 1991.

Müller H., *Rotwelsch*, Berlin 1982.

Richter Ch., *Humboldt-Universität war fest im Griff der Stasi: Studenten erforschen in der Gauck-Behörde die MfS-Strukturen*, „Berliner Zeitung“ v. 31.10.1992.

Stein R., *Die Charite 1945–1992*, Berlin 1992.

Stiller W., *Im Zentrum der Spionage*, Mainz 1985.